

II. Hitlers Werben um England 1933 bis 1936: erstes deutsch-englisches Mißverständnis

Die neuen Herren haben schon in den ersten Wochen und Monaten sehr ernst gemeinte Versuche unternommen, ihrem Eroberungsprogramm die bündnispolitischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Schwierigkeiten erwiesen sich freilich als vorerst unüberwindlich. Das Problem allerdings, das Hitler sah und geraume Zeit sogar als reale Gefahr für seine Politik einstufte, gab es gar nicht, es war pure Einbildung. Welche Fährnisse drohten, wenn Deutschland die nach der Niederlage im Weltkrieg von den Siegern oktroyierten Beschränkungen abzuschütteln und jene Kraft zu mobilisieren begann, die es vor 1914 und in den Kriegsjahren zum Angriff auf das europäische Gleichgewicht verleitet hatte? Wenn also das Deutsche Reich abermals den Weg vom potentiellen zum realen Hegemon des Kontinents einzuschlagen drohte? Wenn sich Hitler derartige Fragen stellte, dachte er nicht in erster Linie an Großbritannien. Offensichtlich nahm er an, den Engländern sehr rasch seine Vorstellung von der deutsch-britischen Herrschaftsteilung vermitteln und noch vor dem Abschluß einer formellen Allianz ein stillschweigendes Einverständnis herstellen zu können. Doch wie verhielt es sich mit Frankreich? Sollte Frankreich noch „Staatsmänner“ in seinem Verständnis des Begriffs haben, so handelte es ja nur angemessen, wenn es die deutsche Aufrüstung durch eine Militäraktion im Keim erstickte¹. Und wenn Frankreich intervenierte, war es mehr als wahrscheinlich, daß sich Polen beteiligte, vielleicht dann doch auch das zunächst noch an Frankreich gebundene Großbritannien. So endeten die nationalsozialistischen Träume womöglich bereits frühzeitig in einer Katastrophe.

In Wahrheit waren Hitlers Sorgen unbegründet. Zwar gab es in Warschau einige mehr oder weniger gewichtige Politiker, die den Gedanken erwogen, mit einem präventiven französisch-polnischen

¹ Vgl. Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: VfZ 2 (1954), S. 397–436, hier S. 435. Zum ganzen Komplex vgl. Gerhard L. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, Bd. 1: *Diplomatic Revolution in Europe 1933–36*, Bd. 2: *Starting World War II 1937–1939*, Chicago/London 1970 und 1980; Rainer F. Schmidt, *Die Außenpolitik des Dritten Reiches*, Stuttgart 2002.

Schlag den Deutschen beizubringen, daß ihnen Europa einen zweiten Griff nach der Herrschaft über den Kontinent nicht erlauben werde². Aber in Paris fanden solche Ideen nicht den leisesten Widerhall. Wohl waren alle französischen Politiker entschlossen, nach dem schon 1932 von England, den USA und Deutschland durchgesetzten Ende der Reparationen wenigstens die Entwaffnungsbestimmungen und die territorialen Regelungen des Versailler Vertrags mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, aber nur mit politisch-diplomatischen Zähnen und Klauen, nicht mit militärischen. Den Hintergrund der französischen Haltung skizzierte trefflich Paul Claudel, der als Dramatiker und Schriftsteller Weltruhm erlangte, damals indes als Botschafter in Brüssel amtierte. William C. Bullitt, der nach der Anerkennung der Sowjetunion durch die USA seit November 1933 als erster amerikanischer Botschafter in Moskau und ab 1936 als Missionschef in Paris wirkte, fragte Claudel Anfang 1934, was Frankreich denn tun werde, wenn Deutschland, ohne sich um die europäischen und globalen Abrüstungsbemühungen zu scheren, einfach weiter aufrüste. „Er antwortete, daß Frankreich gar nichts tun werde; Frankreich habe ein solches Vertrauen in seine neuen Befestigungen [Maginot-Linie], daß es überzeugt sei, es könne von Deutschland nicht angegriffen werden, und daß es, wenn Deutschland stark genug geworden sei, Frankreichs Verbündete zu attackieren, den deutschen Angriff erwarten und dann Deutschland aus der Hinterhand angreifen werde.“ Auf diese genaue Skizze der französischen Grundhaltung erwiderte Bullitt mit Recht, daß er darin eine Methode sehe, Deutschland die Herrschaft über den europäischen Kontinent zu überlassen. Claudel konnte ihn nur damit trösten, daß die französische Regierung schon wisse, wie gefährlich ihr Kurs sei, daß aber Frankreich „im Augenblick absolut pazifistisch“ sei, daß nichts zu tun sei, als sich darauf zu verlassen, daß „Deutschland sich gewohnt idiotisch“ verhalten und die Menschen Frankreichs wie ganz Europas „gegen sich aufbringen“ werde³. Frankreich hatte in der Tat keine „Staatsmänner“, und Hitler hätte sich um den westlichen Nachbarn Deutschlands nicht die geringsten Sorgen zu machen brauchen.

Sehr viel ernster war der Effekt, den die innere Umwandlung Deutschlands hatte. Die von der NS-Führung offiziell proklamierte

² Vgl. Hans Roos, Die „Präventivkriegspläne“ Pilsudskis von 1933, in: VfZ 3 (1955), S. 344–363. Dazu aber Marian Wojciechowski, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933–1938, Leiden 1971.

³ For the President. Personal and Secret. Correspondence between Franklin D. Roosevelt and William C. Bullitt, hrsg. von Orville H. Bullitt, New York 1972, S. 71f.

und praktisch sofort eingeleitete Außerkraftsetzung aller Ideale der Französischen Revolution stieß in sämtlichen europäischen Ländern wie auch in den USA auf schärfsten und nahezu einhelligen Protest. Mit Entsetzen beobachtete die nicht-deutsche Bevölkerung Europas und der Vereinigten Staaten einen unerhörten Vorgang: Wie in Deutschland, das trotz der hemmungslosen alliierten Propaganda während der Kriegsjahre selbstverständlich auch bei den ehemaligen Gegnern nach wie vor als eines der zivilisiertesten Länder der Welt galt, die parlamentarische Demokratie beseitigt, der Rechtsstaat böse lädiert und ein autoritär-terroristisches, in Ansätzen bereits totalitär-terroristisches Regime errichtet wurde⁴. Darüber hinaus weckte die vielfach mit brutalster Gewalt betriebene Judenverfolgung allenthalben Abscheu, ebenso die unverkennbar antichristliche Politik des Regimes, die sowohl die evangelische wie die katholische Kirche traf. Im Verein damit schuf die sofortige mentale Militarisierung der Nation bei den Nachbarn Deutschlands ein Klima der Furcht vor baldigen kriegerischen und expansionistischen Abenteuern Hitlers und seiner Genossen. Nach wenigen Monaten war die moralische (Selbst-)Ausgrenzung des Deutschen Reiches vollendet, und wenn sich auch daraus nicht unmittelbar eine Politik ergab, die gegen Deutschland gerichtet gewesen wäre, so konnte die Entwicklung doch eine Rolle als Geburtshelfer einer solchen Politik spielen. Die durchweg gut geleiteten diplomatischen Missionen Deutschlands lieferten der Berliner Zentrale ein ungeschminktes Bild von der psychologischen und geistigen Isolation des Reiches, doch nützte das wenig, da das Regime – von taktischen Konzessionen und Rückziehern abgesehen – gar nicht imstande war, von dem Gesetz abzuweichen, das ihm innewohnte und seine Entwicklung lenkte.

Als Mittel gegen die Gefahr, daß aus der moralischen Isolation des Dritten Reiches eine politische wurde, die vielleicht sogar zu gewaltsamen Aktionen gegen Deutschland führen konnte, fiel Hitler im Grunde nichts ein als Propaganda. Mochte er auch Aktionen französischer „Staatsmänner“ befürchten, so witterte er doch, daß die dominierende politische Emotion der Nachbarvölker Deutschlands eine tiefe Friedensliebe war, die so stark angefacht werden konnte, daß politische Wirkung entstand. Daher hielt Hitler am 17. Mai 1933 im Reichstag eine Rede, die derart vor Friedensliebe triefte, daß ihr sogar die damals noch existierende SPD-Fraktion zu-

⁴ Vgl. dazu z.B. die Berichte des britischen Botschafters in Berlin, Sir Horace Rumbold, an das Foreign Office, in: DBFP 1919–1939, Second Series, Bd. IV, etwa Nr. 238, Nr. 243 und Nr. 259.

stimmte⁵. In den folgenden Wochen und Monaten beteuerten Hitler und seine Agitatoren so oft und so eindringlich die Friedfertigkeit des Deutschen Reiches, daß sich das Entsetzen nach der Machtübernahme des „Führers“ tatsächlich zu einem vorerst nicht politisch aktivierbaren Mißtrauen abschwächte.

Hitler schuf so einen Schirm, hinter dem nicht allein die ersten Phasen der inneren Umwälzung – einschließlich der frühen Etappen der Aufrüstung – ungestört ablaufen durften, sondern auch jene provozierenden außenpolitischen Aktionen gelangen, auf die Hitler nicht verzichten wollte, obwohl sich das Reich noch im Zustand militärischer Ohnmacht befand. Erstens ging es darum, die multinationalen Bindungen abzustreifen, die die außenpolitische Bewegungsfreiheit des Reiches einengten. Zweitens mußte vermieden werden, daß sich das Deutsche Reich durch die Beteiligung an irgendwelchen Beschlüssen der in Genf tagenden Abrüstungskonferenz Zügel anlegen ließ. Als ihm die törichte und nicht allein von Hitler verschuldete Pariser Weigerung, Deutschland wenigstens eine etwas über Weimarer Verhältnisse hinausgehende militärische Stärke zuzugestehen, einen halbwegs vorzeigbaren Anlaß lieferte, löste er das Problem schon am 14. Oktober 1933 unbestraft einfach durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und durch den deutschen Rückzug von der Abrüstungskonferenz. Unbestraft, ja. Aber mit beiden Akten erreichte Hitler immerhin, daß Deutschland der Grenze nahekam, die moralische Verurteilung von politischer Gegnerschaft gerade noch trennt.

In einem Fall steuerte Hitler das Deutsche Reich sogleich in ein Verhältnis politischer Feindschaft. Gewiß war es der NS-Führung aus innenpolitischen Gründen unmöglich, die spezielle Beziehung zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten, die von der Weimarer Republik – im Zeichen deutscher und sowjetischer Polenfeindschaft – seit 1921 sorgsam gepflegt worden war⁶. Schließlich war den Nationalsozialisten die Macht nicht zuletzt auf Grund ihres radikalen Antikommunismus zugefallen. Und unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 setzte dann auch ein erbarmungsloses Vorgehen gegen

⁵ Vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Bd. X, Berlin o.J., S. 9.

⁶ Vgl. Heinrich A. Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998; Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang, Frankfurt a.M. 1989; Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995.

die deutschen Kommunisten ein, das sich keineswegs auf politische Unterdrückung beschränkte, sondern überdies mit Mord arbeitete und zahlreiche Kommunisten in die gerade geschaffenen Konzentrationslager brachte. Kein Mitglied der NSDAP und erst recht kein Mitglied der SA, der die Hauptlast der bis Januar 1933 blutigen Kämpfe mit „Rotfront“ zugefallen war, hätte es verstanden, wenn die deutsch-sowjetische Partnerschaft vom nationalsozialistischen Regime bruchlos fortgesetzt worden wäre.

Wenn er die guten Beziehungen zur Sowjetunion einschlafen ließ und durch Agitation gegen den „Herd der Weltrevolution“ ersetzte, hatte der „Führer“ jedoch auch außenpolitische Gründe. Mußte es nicht die Annäherung an England erleichtern – und darüber hinaus alle Staaten Mittel- wie Südosteuropas deutschfreundlicher oder doch weniger mißtrauisch stimmen –, wenn es gelang, das Dritte Reich als das große Bollwerk gegen die bolschewistische Flut auszugeben? Schon einige Jahre vor der Machtübernahme hatte sich Hermann Göring bei einem Besuch der britischen Botschaft in Berlin lebhaft über die kommende Rolle der NS-Führer als anti-sowjetische Deichgrafen ausgelassen⁷. Mit der deutsch-sowjetischen Partnerschaft konnte auch deren Kern verschwinden, nämlich die Polenfeindschaft, und dann mußte es überdies möglich sein, Polen von der sogenannten Kleinen Entente abzusprengen, also von der unter französischem Patronat stehenden und gegen die Revision der Pariser Friedensverträge gerichteten Allianz zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. blieb das erste Ziel unerreicht, so kam Hitler seiner zweiten Absicht tatsächlich näher, zumal ihm das Polen des Marschalls Pilsudski, enttäuscht von der Passivität, mit der Frankreich auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten reagiert hatte, aus eigener Initiative entgegenkam. Nach einigem diplomatischen Geplänkel wurde am 16. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffspakt unterzeichnet, der Polen vom antideutschen Sicherheitssystem Frankreichs zu entfernen schien, andererseits Polen einen gewissen Schutz gegen den ordinären deutschnationalen Revisionismus versprach, der in erster Linie Westpreußen und Ostoberschlesien im Auge hatte. Eine „ungesunde Romanze“ nannte Marschall Pilsudski die deutsch-polnische Verbindung⁸, doch war der deutsche Partner immerhin kein preußischer Junker, sondern ein von deutschnationalen Emotionen und Zielsetzungen offenbar unabhängiger Österreicher.

⁷ Vgl. DBFP 1919–1939, Second Series, Bd. II, Nr. 302.

⁸ Archiv der Neuen Akten (Warschau), 24, R 306–309, Jozef Beck an Bolesław Wienianwa-Długoszewski, 10.5.1939.

Sein polnisches Manöver brachte Hitler allerdings nicht den erhofften Erfolg. Pilsudski dachte gar nicht daran, die für Polens Sicherheit unentbehrliche Verbindung zu Frankreich und das lockere Verhältnis zur Kleinen Entente der neuen Freundschaft mit Deutschland zu opfern. Politischen Gewinn strich allein Polen ein, das beim Umgang mit seiner deutschen Minderheit zumindest für einige Jahre nicht mehr – wie zu Weimarer Zeiten – mit der unbequemen Einmischung des Deutschen Reiches konfrontiert war. Wie im Falle Südtirols ordnete Hitler auch hier vermeintliche nationalpolitische Interessen seinem mittel- und langfristigen Imperialismus unter, erwartete er doch, ein beruhigtes Polen als Komplizen für den Zug nach Osten anheuern zu können; spätestens seit 1935 suchte er die polnischen Führer mit dem Köder „Ukraine“ ins Lager des deutschen Expansionismus zu locken. Pilsudski – er starb am 12. Mai 1935 – und seine Nachfolger blieben jedoch taub gegenüber den deutschen Sirenengesängen.

Auf die Herren im Kreml wirkte die deutsche Annäherung an Polen als deutlicher Hinweis auf antisowjetische Pläne des neuen deutschen Regimes. Es fehlte ja auch sonst nicht an Gründen für Argwohn. Nach dem 30. Januar 1933 wiesen sowjetische Spitzenfunktionäre die deutschen Diplomaten in zahlreichen Gesprächen auf jene Kapitel in „Mein Kampf“ hin, in denen Hitler die Gewinnung von „Lebensraum“ gepredigt hatte, und sie setzten, wie etwa Außenminister Litwinow am 9. Januar 1934, gerne hinzu, „es spreche nichts dafür, daß die Tendenz dieses Buches, das noch heute in immer neuer Auflage millionenweise verbreitet werde, aufgegeben sei“⁹. Sie zitierten auch die Schriften Alfred Rosenbergs und beschwerten sich darüber, daß Rosenberg Kontakt zu ukrainischen Separatisten habe. Wie sollten sie der Berliner Politik, so fragten sie, nicht mit größtem Mißtrauen begegnen, wenn im Kabinett Hitler als Vizekanzler Franz von Papen sitze, der schon im Juni 1932 auf der Reparationskonferenz von Lausanne dem französischen Ministerpräsidenten Herriot ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion angeboten habe?

Um das Maß voll zu machen, beging Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg schon Mitte Juni 1933 auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz eine ungewöhnliche Indiskretion. In einer Rede, die er zwar nicht hielt, deren Text er aber der Presse zukommen ließ, erklärte Hugenberg, als erster Schritt der neuen deutschen Außenpolitik sei die Erwerbung eines Kolonialreichs in Afrika vorgesehen, von dem aus Deutschland „in diesem ganzen [...]

⁹ ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 171; zum folgenden vgl. ebenda.

Kontinent große Arbeiten und Anlagen“ ausführen werde. „Der zweite Schritt wäre der, daß dem ‚Volk ohne Raum‘ Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen und große Werke des Friedens aufbauen könnte.“¹⁰ Nach einer derartigen Äußerung war Hugenberg nicht mehr ministrabel, und Hitler, dem vor allem die seinem Werben um England zuwiderlaufende kolonialistische Forderung mißfiel, konnte ihn zwei Wochen später in offener Kabinettsitzung zum Rücktritt zwingen. Hitler ergriff die Gelegenheit zur Abhelferung Hugenbergs allerdings auch deshalb so schnell, weil er mit ihm den Führer der Deutsch-nationalen Volkspartei loswurde und so seine und der NSDAP Stellung gegenüber den deutschnationalen „Steigbügelhaltern“ vom Januar 1933 erheblich verbessern konnte. Jedenfalls rief Hugenbergs Patzer die Sowjets auf den Plan. In Moskau verliefen Unterredungen zwischen dem stellvertretenden Außenminister Nikolaj Krestinski und dem deutschen Botschafter Herbert von Dirksen ebenso stürmisch wie in Berlin Gespräche zwischen dem sowjetischen Botschafter und Staatssekretär Bernhard von Bülow.

Doch hätten die sowjetischen Führer den Faden nach Berlin gerne intakt gehalten. Litwinow äußerte sich in diesem Sinne¹¹, vor allem aber nutzten die prominentesten sowjetischen Militärs jede Gelegenheit, um den deutschen Diplomaten in Moskau eindringlich zu versichern, wie sehr sie den schönen Tagen der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee nachtrauerten und daß einer Wiederkehr mitnichten ihr Gefühl, sondern lediglich die dumme Politik im Wege stehe. Was sie sagten, läßt den Schluß zu, daß Jegorow, der Generalstabschef der Roten Armee, und Offiziere wie Tuchatschewski oder Woroschilow der Reichswehr einen politischen Einfluß unterstellten, den sie nicht mehr besaß; auch für sich selbst sahen sie offenbar noch eine eigenständige Rolle im sowjetischen Machtapparat.

Es ginge freilich zu weit, daraus den Schluß zu ziehen, die Anklage der Konspiration zwischen Reichswehr und Roter Armee, mit der Stalin in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die Streitkräfte der Sowjetunion „säuberte“, habe also doch einen gewissen Realitätsgehalt gehabt. Was Jegorow, Tuchatschewski und Woroschilow – ein Vertrauter Stalins – angesichts der Auflösung der deutsch-sowjetischen Spezialbeziehung nach 1933 äußerten, entsprach ja nur

¹⁰ ADAP, Serie C, Bd. I/2, Nr. 312; zum folgenden vgl. ebenda, Nr. 331, Nr. 335 und Nr. 338.

¹¹ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 171; zum folgenden vgl. ebenda, Nr. 47.

der Linie, die Stalin persönlich vorgab¹². Kein Zweifel, daß die Deutschnationalen in Regierung und Auswärtigem Amt von den sowjetischen Avancen gerne Gebrauch gemacht hätten¹³. Noch im März 1933 hatte Staatssekretär von Bülow, nationaler Revisionist par excellence und mithin geschworener Gegner des nach 1918 entstandenen Polen, eine Denkschrift verfaßt, in der er sich scharf gegen einen Bruch mit der Sowjetunion und eine Verständigung mit Polen aussprach¹⁴. Mit Abscheu sah er zu, wie eben das von den neuen Herren betrieben wurde. Andere Revisionisten sprachen sogar von „Verrat“¹⁵. Aber auch der Reichsaußenminister, Freiherr von Neurath, gab im November 1933, als Dirksen in Moskau von Rudolf Nadolny abgelöst wurde, dem neuen Botschafter eine Instruktion mit, in der davon die Rede war, daß ein gutes deutsch-sowjetisches Verhältnis erwünscht, mit dem Blick auf Polen sogar „von außerordentlicher Wichtigkeit“ sei¹⁶. Stoff, in solchem Sinne Politik zu machen, erhielt Nadolny jedoch nicht. Zu diesem Zeitpunkt waren Hitler und Pilsudski schon längst dabei, die Noten für ihre „ungesunde Romanze“ abzustimmen, und Neuraths schwächlicher Versuch zeigte nur, daß das Auswärtige Amt bereits jeden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik verloren hatte. Daß der Berliner Vertrag von 1926 im Mai 1933 noch einmal verlängert worden war, erwies sich mehr und mehr als leere Geste.

Die sowjetischen Führer beließen es freilich nicht dabei, den Deutschen hinterherzulaufen. Mit einer Kette von Nichtangriffspakten suchte Moskau seine Westgrenze zu entlasten und seinerseits das Verhältnis zu Polen zu bessern. Ein Grund dafür war gewiß der

¹² Vgl. Gustav Hilger, Stalin. Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht, Göttingen 1959, S. 65f.

¹³ Vgl. Hermann Graml, Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990, S. 245ff.

¹⁴ Vgl. Günter Wollstein, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1973, H. 1, S. 77–94; Peter Krüger/Erich Hahn, Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933, in: VfZ 20 (1972), S. 376–410. Bülow hatte auch dem Botschafter in Moskau, Herbert von Dirksen, am 6.2.1933 noch zuversichtlich geschrieben: „Ich glaube, man überschätzt dort [in Moskau] die außenpolitische Tragweite des Regierungswechsels. Die Nationalsozialisten in der Regierungsverantwortung sind natürlich andere Menschen und machen eine andere Politik als sie vorher verkündigt haben. Das ist immer so gewesen und bei allen Parteien dasselbe.“ PA/AA, R 29518.

¹⁵ Graml, Europas Weg in den Krieg, S. 245ff.

¹⁶ ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 66.

Druck, den im Fernen Osten Japan auf sowjetische Interessengebiete auszuüben begann und der offensichtlich näher und näher an den militärischen Konflikt heranführte. Ausschlaggebend war aber Stalins Wunsch, den anscheinend abenteuerlustig werdenden Deutschen potentielle Bundesgenossen in Ost- und Südosteuropa abspenstig zu machen. Stalin, der in der UdSSR mittlerweile die Außenpolitik ebenso einsam bestimmte wie in Deutschland Hitler, ging jedoch unverzüglich einen Schritt weiter. Noch 1933 fing die sowjetische Diplomatie an, in Paris für ein sowjetisch-französisches und in Prag für ein sowjetisch-tschechoslowakisches Bündnis zu werben. Es dauerte eine Weile, bis diese Anstrengungen Wirkung zeigten, da anfänglich namentlich in Paris kaum ein nichtkommunistischer Politiker Geschmack an einer politischen Ehe mit den Bolschewiki fand. Aber die deutsche Gefahr brachte die „strange bedfellows“ alsbald doch zusammen. Die französische Regierung erreichte, daß die Sowjetunion, um die Allianzen mit Paris und Prag der Satzung des Völkerbunds anpassen und dem System der kollektiven Sicherheit eingliedern zu können, am 18. September 1934 in den Völkerbund eintrat; die Bündnisse selbst folgten im Mai 1935.

Allerdings zeigte sich rasch, daß die Verträge ohne politische Substanz und vor allem militärisch folgenlos blieben, auch wenn die nationalsozialistische Propaganda das Gegenteil behauptete. Ein amerikanischer Beobachter erfaßte im April 1935 den Unterschied zwischen propagierter Stimmung und Wirklichkeit: Als er in Paris an einem Nachmittagstreffen teilnahm, bemerkte William Bullitt, wie André Géraude, als „Pertinax“ Leitartikler des „Echo de Paris“, und Wladimir Potemkin, der sowjetische Botschafter in Frankreich, auf einem großen Stuhl beisammen saßen, jeder den Arm um die Schultern des anderen gelegt, und ganz vertraulich miteinander flüsterten. „Insofern es“, so schrieb er Präsident Roosevelt, „kein menschliches Wesen gibt, das die Sowjetunion tiefer haßt als Pertinax, und niemand, dem die sowjetische Regierung mehr mißtraut als Pertinax [...], scheint mir der Anblick ein gutes Beispiel für die Unwirklichkeit all der diplomatischen Kombinationen zu sein, die derzeit [in Europa] versucht werden.“¹⁷ Immerhin konnte es einen Augenblick lang so aussehen, als sei es der Sowjetunion und Frankreich – mit der Tschechoslowakei im Gefolge – gelungen, das französisch-russische Bündnis zu restaurieren, das 1914 funktioniert hatte. Hitler freilich nahm solche Manöver mit Recht nicht ernst.

Aber wenn Hitler den Bruch mit Rußland als unvermeidlich ansah und ihn um der ersehnten Freundschaft mit England willen

¹⁷ For the President, S. 103.

bereits in der Frühphase seiner Herrschaft für richtig hielt, so mußte es ihn doch tief verstören und im Hinblick sowohl auf seine längerfristigen wie auf seine nächsten Vorhaben ratlos stimmen, daß die Verwirklichung seiner bündnispolitischen Konzeption alsbald dort zu scheitern drohte, wo er leichtes Spiel zu haben geglaubt hatte. Angesichts der ideologisch-politischen Verwandtschaft zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus hatte Hitler Grund zu der Annahme, sofern er auch als Reichskanzler beim Verzicht auf Südtirol bleibe, sei es kein Problem, das gewünschte Bündnis zustande zu bringen. Als es Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre häufiger zu Treffen zwischen führenden Nationalsozialisten und Männern aus der Umgebung Mussolinis gekommen war, hatten diese Gespräche, so schien es Hitler, nichts ergeben, was auf besondere Schwierigkeiten hingedeutet hätte. Zwar hatte der „Duce“ mitunter die Neigung an den Tag gelegt, auf die Nachbarn Italiens und Deutschlands wie auch auf das Ruhebedürfnis Europas Rücksicht zu nehmen¹⁸. Aber die Nationalsozialisten hatten dem nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und aufkeimenden Argwohn mit dem Argument beschwichtigt, daß Mussolini sich nicht mit Leuten kompromittieren wolle, die noch gar nicht an der Macht seien.

Die ersten Monate nach der Machtübernahme ließen sich denn auch hoffnungsvoll an. Es versteht sich, daß der „Duce“ die Beseitigung des liberaldemokratischen Parlamentarismus und die Etablierung der Herrschaft einer faschistischen Partei mit Zustimmung verfolgte¹⁹. So waren aus Rom anfänglich nur wohlwollende Töne zu vernehmen. Auch auf internationalem Felde schien das faschistische Italien dem nationalsozialistischen Deutschland sozusagen kameradschaftlich unter die Arme greifen zu wollen. Kurz nach der Machtübernahme schlug Mussolini vor, die vier europäischen Großmächte, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien, sollten einen Pakt schließen, der sie so eng verbinde, daß es ihnen möglich sei, die europäischen Streitfragen schiedlich und friedlich

¹⁸ So in der Krise um das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion; vgl. Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 89ff.

¹⁹ Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 196f. Zu Mussolini und Hitler vgl. auch Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933, in: Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hermann Graml zum 65. Geburtstag, Frankfurt a.M. 1993, S. 42–63.

zu regeln. Der Vertrag, der am 15. Juli 1933 tatsächlich unterzeichnet wurde, war Deutschland in doppeltem Sinne nützlich: Erstens behandelten drei europäische Großmächte das eben etablierte NS-Regime als gleichberechtigten Partner, die Umwälzung selbst als innere Angelegenheit der Deutschen. Ein halbes Jahr nach der Machtübernahme sahen sich also Hitler und seine Genossen als die legitimen Herren Deutschlands international anerkannt. Mithin war äußerst unwahrscheinlich geworden, daß Präventivkriegs-Pläne in die Nähe ernsthafter politischer Überlegung gelangten.

Doch erschien der Viermächtepakt Hitler wie Mussolini noch in einer dritten Hinsicht als nützlich. Obwohl es der französischen Regierung gelang, einen Vertragstext durchzusetzen, der den Pakt auf dem Papier mit Völkerbund und kollektiver Sicherheit halbwegs verträglich machte, wäre die Vereinbarung auf eine erhebliche Beschädigung der Kompetenzen des Völkerbunds und seines Ansehens hinausgelaufen. Das war nun nicht der Fall. Der Pakt hatte seine momentanen Effekte, versackte dann aber in endlosen Ratifizierungsverhandlungen. 1933 jedoch durften Mussolini und Hitler mit der Augenblickswirkung des Viermächtepakts zufrieden sein, und Nationalsozialisten wie Faschisten hofften auf den eigentlichen Beginn fruchtbarer Zusammenarbeit. Ende Mai 1933 kam Joseph Goebbels, frischgebackener Reichspropagandaminister, nach Rom: sozusagen erste offizielle Fühlungnahme der neuen Leute in Berlin mit den älteren italienischen Brüdern. Goebbels brachte nicht nur einen tiefen Eindruck von der Persönlichkeit Mussolinis nach Hause, sondern auch dessen Abschiedsworte: „Sagen Sie Hitler, daß er sich auf mich verlassen kann. Ich gehe mit ihm durch dick und dünn.“²⁰

Wenn Goebbels und Hitler einen solchen Satz wörtlich genommen haben sollten, dann stellten sie nicht genügend in Rechnung, daß sich hinter Mussolinis faschistischer Theatralik viel Zögern und Unentschlossenheit verbarg, auch eine Scheu vor unkalkulierbaren Risiken. Jedenfalls überraschte es in Berlin, daß Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und das Verlassen der Genfer Abrüstungskonferenz keineswegs die Billigung des Freundes in Rom fanden, vielmehr auf dessen scharfe Kritik stießen. Gewiß war den Berlinern eine jener Tolpatschigkeiten passiert, die in politischen Zusammenhängen oft heftigen Ärger verursachen. Das Auswärtige Amt hatte den deutschen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, zu spät und außerdem nur unvollständig über die deutschen Schritte informiert; das führte notwendigerweise dazu, daß Mussolini ebenfalls nicht

²⁰ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 197.

vorab unterrichtet wurde²¹, wonach er denn auch allein schon deshalb aufgebracht reagierte, zumal ihn die deutsche Handlungsweise an eine ähnliche Brüskierung durch den damaligen Reichsaußenminister Julius Curtius erinnern mußte, als es im März 1931 um die deutsch-österreichische Zollunion ging²². Jedoch verriet Mussolinis Kritik auch, daß es zwischen „Duce“ und „Führer“ nicht nur Unterschiede in Temperament und sonstigen persönlichen Eigenschaften gab, sondern sehr wohl auch in der Methodik und Zielsetzung ihres politischen Handelns.

Hitler beabsichtigte mit der Lösung aus internationalen Verflechtungen mehr als die Wiedergewinnung der außenpolitischen Aktionsfreiheit einer Großmacht und mehr als die Ermöglichung der deutschen Aufrüstung; die beiden Schritte sollten nur taktische Nahziele im Dienste einer künftig totalen Abkehr von der europäischen Zivilisation erreichen. Mussolini war von solcher Denkweise weit entfernt. Er glaubte, seine Absichten, auch und gerade seine imperialistischen Absichten, in Zusammenarbeit oder doch ohne offenen Konflikt mit den übrigen europäischen Mächten verwirklichen zu können, wozu ihm – nebenbei bemerkt – auch das militärische Potential gefehlt hätte. Sein Imperialismus war altmodisch im Geiste des europäischen Imperialismus, wie er bis 1914 mit Selbstverständlichkeit die Politik aller Staaten bestimmt hatte. In der Außenpolitik war der „Duce“ sozusagen ein Reaktionär, in seinem eigenen Verständnis sogar ein gemäßigter Reaktionär, wie seine Bereitwilligkeit gezeigt hatte, Frankreichs Wunsch zu erfüllen und den Viermächtepakt dem System des Völkerbunds wenigstens formal einzupassen. So mißfiel ihm an Hitlers Vorgehen nicht allein die dilettantische Abruptheit und eine leichtfertige Risikobereitschaft; er spürte in Berlin einen Geist am Werke, der zur Absage an jede Tradition europäischer Gesittung und Politik entschlossen schien. So mußte Ulrich von Hassell am 22. Oktober 1933 nach Berlin melden, Mussolini sei über den Austritt „sehr erregt“, bedauere den Schritt „aufs äußerste“²³, und am 25. Oktober schrieb der Botschafter, den Goebbels bei seinem Rom-Besuch als „begeisterungslose[n] Spießer“ erlebt hatte²⁴, an Außenminister Neurath: „Daß Mussolini durch den Austritt [...] schwer gereizt ist, steht fest.“²⁵

²¹ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 4 und Nr. 18.

²² Vgl. Graml, Zwischen Stresemann und Hitler, S. 103f.

²³ ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 18.

²⁴ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 195.

²⁵ ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 28; zum folgenden vgl. ebenda, Nr. 40 und Nr. 50.

Hitler verfaßte am 2. November einen um Nachsicht bittenden Brief an den „Duce“, und in den folgenden Tagen erschien Göring mit der gleichen Absicht in Rom. Gleichwohl machte Mussolini klar, daß er sich mit wesentlichen Elementen der Berliner Außenpolitik nicht anfreunden könne. Allem Anschein nach hielt er die Führer der NS-Bewegung immer noch für besonders rabiante nationalistische Revisionisten, nur eben lärmender und bedenkenloser als die bürgerlich-nationalen deutschen Revisionisten vom Schlage Neuraths, den er ja als Botschafter des Reiches in Rom gut kennengelernt hatte; so mochten sie Angst und Schrecken in Europa verbreiten und Italien in die Lage versetzen, als ein in London und Paris willkommener Bundesgenosse gegen Berlin bei den eigenen imperialistischen Vorhaben eine große europäische Konflagration zu vermeiden.

Ohne ein solches Kalkül und bei klarer Einsicht in die weitreichenden Pläne Hitlers wäre schon die herbe Verurteilung des deutschen Austritts aus dem Völkerbund nicht zu verstehen, erst recht nicht, daß der „Duce“ eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen als „dringend wünschenswert“ ansah und dies den „Führer“ im Dezember 1933 wissen ließ²⁶. Im gleichen Monat schickte Mussolini den Staatssekretär im römischen Außenministerium, Fulvio Suvich, nach Berlin, der dort seine deutschen Gesprächspartner sogar allen Ernstes ermahnte, sich wieder an Abrüstungsverhandlungen zu beteiligen; schließlich habe Frankreich Entgegenkommen bewiesen, und Engländer wie Franzosen seien doch „sehr beunruhigt“, daß man in Deutschland aus SA und SS quasi staatliche Organisationen gemacht habe. Am 13. Dezember 1933 suchte Suvich den Reichskanzler persönlich davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, bei der Aufrüstung etappenweise vorzugehen. Außenminister Neurath notierte lapidar: „Der Kanzler lehnte dies ab.“ Nach Rom zurückgekehrt, berichtete Suvich, die deutsche Haltung sei „molto rigido“, und Mussolini begann sich der Gedanke aufzudrängen, daß das nationalsozialistische Deutschland ein zumindest problematischer Komplize sein dürfte und er sich um die britisch-französische Zustimmung zu eigenen Abenteuern wohl besser ohne deutsche Unterstützung bemühen sollte.

Zu diesem Versuch lieferte Hitler prompt einen weiteren Anlaß – und gleich auch noch die Erfolgschance. Zwar hellte sich der Himmel über dem deutsch-italienischen Verhältnis rasch wieder auf. Mussolini versüßte die zäh aufrechterhaltene Forderung nach der

²⁶ Ebenda, Nr. 130; die folgenden Zitate und Belege finden sich im selben Band, Nr. 120, Nr. 126, Nr. 145 und Nr. 164.

Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund mit dem Zusatz, daß Deutschland natürlich nur in einen reformierten Völkerbund zurückkehren solle; in der Genfer Einrichtung müsse als eine Art Leitorgan das „Konzert der Großmächte“ – Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien – institutionalisiert werden. Über eine Wiederbelebung des Viermächtepakts zu verhandeln, lehnte Berlin nicht rundweg ab; Gespräche über derartige Projekte verschafften Zeit, waren als diplomatische Abschrumpfung der mittlerweile angelauten Aufrüstung durchaus brauchbar. Aber kaum hatte sich die Atmosphäre ein wenig gebessert, tauchte eine weit gefährlichere Störung auf. Wie sollten Deutschland und Italien mit dem Problem Österreich umgehen, ohne daß zwischen den beiden Mächten Feindschaft entstand? Als bald zeigte sich, daß die deutschen Ambitionen, also der Anschluß Österreichs an Deutschland, nicht verwirklicht werden konnten, solange Italien eine relativ selbständige Außenpolitik zu verfolgen vermochte und das Deutsche Reich noch in einem Zustand militärischer Schwäche verharrte, daß mithin jeder Versuch Berlins, trotz solcher Bedingungen dem Anschluß näher zu kommen, zum Zerwürfnis führen mußte.

Hitler hatte, wenn er für den Anschluß Österreichs die italienische Zustimmung als notwendig befand²⁷, anscheinend wenig darüber nachgedacht, wie denn diese Zustimmung zu erreichen sei, sondern einfach angenommen, daß Deutschland und Italien sich über Österreich unschwer verständigen würden, wenn nur Italien der Besitz Südtirols garantiert werde. Wie 1931 Reichsaußenminister Julius Curtius, der damals eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich durchsetzen wollte und mit seinem Vorhaben nicht zuletzt am italienischen Widerstand scheiterte, hatte auch Hitler – zunächst – nicht begriffen, daß Rom ein vitales Interesse an einem selbständigen Österreich hatte. Verschwand das Sperrfort Österreich, war der potentiell so sehr überlegenen Macht im Norden ja der Weg zur bedenklichen unmittelbaren Nachbarschaft und außerdem das Tor zur wirtschaftlichen wie politischen Vorherrschaft in Südosteuropa geöffnet.

Als sich nun 1933/34 herausstellte, daß die Dinge mit Italien sich überhaupt nicht so einfach entwickelten, wie man vorher gedacht hatte, begann sich Hitler in der österreichischen Frage etwas vorsichtiger zu bewegen. Wie immer ging er, da er sich stets von den taktischen Aspekten einer Lage völlig beherrschen ließ und überdies unter einem totalen Mangel an Verständnis für den Effekt von Zusagen oder Versprechen litt, sogleich zu weit. So sagte er im

²⁷ Vgl. Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 728.

Dezember 1933 zu Suvich, der Anschluß Österreichs sei „für uns keineswegs akut oder auch nur begehrenswert“; schließlich bringe er „unerträgliche finanzielle Belastungen“ mit sich²⁸. Solch faustdicke Lügen aufzutischen, war nicht nur eine Frechheit, sondern zugleich eine die Urteilskraft der Italiener kränkende Dummheit. Von Berliner Absichten ganz abgesehen, entfalteten aber die österreichischen Nationalsozialisten eine ständig lebhafter werdende und allem Anschein nach auf die gewaltsame Machtübernahme zusteuernde Aktivität, und schon deren Erfolg hätte eine Gleichschaltung Österreichs mit dem Deutschen Reich bedeutet, wie sie für Italien nicht hinnehmbar sein konnte. Überdies waren jedoch die österreichischen Nationalsozialisten offensichtlich von Führern dirigiert, die vom Reichsgebiet aus operierten, offensichtlich von reichsdeutschen Stellen finanziert und offensichtlich von einem sich im Hintergrund haltenden Hitler angefeuert. Wahrscheinlich hätte Hitler einen schweren Prestigeverlust in den eigenen Reihen erlitten, wäre er vor einer Unterstützung seiner österreichischen Anhänger zurückgeschreckt, doch war für ganz Europa – nicht zuletzt für Mussolini – klar zu sehen, daß ihn eigene Neigung und die Verkennung der italienischen Interessen dazu brachten, sich in der österreichischen Frage weiter locken zu lassen, als er es sich leisten konnte. Nicht daß Mussolini an der Selbsttäuschung des deutschen Diktators unschuldig gewesen wäre. Er selbst und andere faschistische Spitzenfunktionäre wechselten von einer eindeutigen Ablehnung des Anschlusses gelegentlich zu der vagen Formel, man könne ja irgendwann in der Zukunft darüber nachdenken²⁹.

An diesen Unklarheiten änderte es nichts, daß Bundeskanzler Engelbert Dollfuß Österreich 1933 in einen klerikal-faschistischen Staat umwandelte, in dem die gesamte Linke politisch ausgeschaltet war, andererseits aber auch die Nationalsozialisten von der Macht ferngehalten und bekämpft wurden³⁰. Der Appetit Hitlers auf Österreich war ja ebenso wenig von den inneren Verhältnissen des Landes abhängig wie Mussolinis Rolle als Protektor der Selbständigkeit Wiens. Jedoch ergab sich insofern eine Zuspitzung der Lage, als die österreichischen Nationalsozialisten unter dem Druck des Dollfuß-Regimes zu wütendem Widerstand aufgereizt wurden und allmäh-

²⁸ ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 126.

²⁹ So Hassell an den Landesinspekteur der NSDAP für Österreich, Theo Habicht, am 28.12.1933; ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 153.

³⁰ Vgl. Günter Bischof (Hrsg.), *The Dollfuß-Schuschnigg era in Austria: a reassessment*, New Brunswick u.a. 2003; Jürgen Gehl, *Austria, Germany and the Anschluß 1931–1938*, London 1963.

lich zu terroristischen Aktionen übergangen. Mehr denn je war die Annahme berechtigt, daß auch der Terrorismus den Beifall und die Unterstützung zumindest von Teilen der NS-Führung finde. Österreich brauchte also jetzt erst recht den italienischen Schutz, und dem Anschein nach bekam es ihn auch: Man wußte, daß Dollfuß und Mussolini eine Art Freundschaft verband, und am 17. März 1934, in den sogenannten „Römischen Protokollen“, erklärte sich der „Duce“ einmal mehr zum Beschützer der österreichischen Unabhängigkeit. Dennoch hörten römische Politiker nicht auf, den Deutschen mit der Hoffnung auf zukünftiges Entgegenkommen zu winken.

Trotz solch spannungsvoller Atmosphäre gelang es dem deutschen Vizekanzler, Franz von Papen, die erste persönliche Zusammenkunft der beiden Diktatoren zu arrangieren³¹, die dann am 14./15. Juni 1934 in Venedig stattfand. Wie schlecht die Voraussetzungen waren, zeigte ein Gespräch Mussolinis mit Botschafter von Hassell, in dem der „Duce“ die Tätigkeit Theo Habichts, des Landesinspektors der österreichischen NSDAP, schärfstens kritisierte, während auf der anderen Seite Hitler eben diesem Habicht sagte, „ein Nachgeben in der österreichischen Frage käme für ihn nicht in Betracht“; er „denke vor allem nicht daran, einem Druck Italiens zu weichen“ und den Eindruck einer Preisgabe der österreichischen NSDAP zu erwecken. Vittorio Cerruti, der italienische Botschafter in Berlin³², faßte mit Recht zusammen, die deutsch-italienischen Beziehungen seien „so schlecht geworden wie seit vielen Jahren nicht“.

Daß die Begegnung gleichwohl in einem relativ freundlichen Geiste endete, lag daran, daß die beiden Diktatoren im persönlichen Gespräch nicht den Mut zu Wahrheit und Klarheit fanden. Nach ihrem ideologischen Selbstanspruch hätten Hitler und Mussolini die Situation mit großer, historischer Geste bereinigen müssen, zumal beide das erste Treffen gerne als Auftakt zu einem Bündnis gesehen hätten. Da die österreichische Frage aber existierte, mußte die historische Geste ausbleiben. Sollte der Moment nicht durch ein endgültiges Zerwürfnis in der österreichischen Frage ruiniert werden, mußten sich beide Diktatoren so undeutlich und widerspruchsvoll äußern, daß ihre Debatten wohl einigermaßen freundlich, jedoch ohne eindeutige Vereinbarung, ja ohne zulängliches

³¹ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. II/2, Nr. 377; die folgenden Belege und Zitate finden sich ebenda, Nr. 278, Nr. 409 und Nr. 282.

³² Zu Vittorio Cerruti vgl. Gianluca Falanga, Mussolinis Vorposten in Hitlers Reich. Italiens Politik in Berlin 1933–1945, Berlin 2008, S. 11–64.

Verständnis blieben. Versicherte Hitler dem „Duce“, daß ihn der Anschluß nicht interessiere, so wollte er doch dargetan haben, daß Dollfuß durch eine „neutrale, d.h. parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit“ ersetzt werden müsse; überhaupt gab „der Reichskanzler [...] als seinen Wunsch zu erkennen [...], daß Mussolini seine bisher über Österreich gehaltene schützende Hand wegziehe“. Mussolini hörte heraus, daß Deutschland auf den Anschluß verzichte, daß Dollfuß – zumindest vorläufig – bleiben könne und daß die österreichischen Nationalsozialisten künftig terroristische Aktionen unterlassen würden. Die Diktatoren brachten nicht die Kraft auf, die Unterschiede zwischen den zwei Versionen aufzuklären. So verständigten sie sich schließlich auf die Leerformel, daß die deutsch-italienischen Beziehungen enger ausgestaltet werden sollten und daß Österreich dafür kein Hindernis sein dürfe. Mussolini hatte freilich noch andere Stolpersteine erwähnt: nämlich Deutschlands Verhältnis zum Völkerbund und die allzu ehrgeizige deutsche Aufrüstung, auch die Kirchen- und die Judenpolitik des NS-Regimes. Solche Dinge nahm Hitler allerdings nicht als ernsthafte Hindernisse wahr³³. Man trennte sich friedlich.

Um so bestürzt war Mussolini, als Hitler vierzehn Tage nach dem Treffen von Venedig den Stabschef der SA, Ernst Röhm, einen großen Teil der höheren SA-Führer und zahlreiche weitere mißliebige Personen ermorden ließ. Selbst nicht gerade das Muster eines skrupulösen Politikers, mußte sich Mussolini nach dieser Gangster-Aktion doch die Frage stellen, mit welchen Leuten er sich da einlassen wollte. Die Frage wurde ebenso bedrängend wie dringlich, als sich in den Wochen nach Venedig überdies herausstellte, daß die österreichischen Nationalsozialisten ihre terroristischen Aktivitäten noch steigerten und offensichtlich nach wie vor Unterstützung aus dem Reich erhielten. Der „Duce“ gewann die Überzeugung, Hitler sei dabei, die Übereinkunft von Venedig, so vage sie war, zu brechen; er glaubte sich persönlich herausgefordert und begann an härtere politische Reaktionen zu denken. Die Stunde dafür kam, als der nationalsozialistische Terrorismus in Österreich bereits am 25. Juli 1934 in einen Putschversuch mündete, der zwar höchst dilettantisch organisiert war und mühelos niedergeschlagen wurde, in dessen Verlauf es aber zur Ermordung von Dollfuß kam. Noch am 5. Juli hatte Mussolini mit Hassell über einen bevorstehenden Besuch seines Freundes Dollfuß in Rom gesprochen und, als Hassell meinte, es sei zu begrüßen, daß der Österreicher vom

³³ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III/1, Nr. 5; das folgende nach ebenda, Nr. 100, Nr. 125 und Nr. 62 (Zitat).

„Duce“ über die Ergebnisse von Venedig unterrichtet werde, hinzugefügt, das sei schon richtig, doch könne er bei der derzeitigen Lage in Österreich Dollfuß nicht zu Verhandlungen mit den österreichischen Nationalsozialisten raten: „Keiner Regierung der Welt könne man zumuten, unter solcher Pression zu verhandeln.“ Das Land brauche einige Monate Ruhe, und die terroristischen Aktionen müßten abgeblasen werden. Und jetzt das! Suvich lehnte es ab, Hassell zu empfangen, und die Gegend nördlich von Bozen bis zum Brenner füllte sich mit mindestens zwei italienischen Divisionen³⁴.

Ernster war jedoch, daß der „Duce“ sogleich den britischen wie den französischen Botschafter kommen ließ und offenkundig eine noch wenige Wochen zuvor unvorstellbar scheinende Absicht zu verwirklichen gedachte, nämlich eine direkt gegen Deutschland gerichtete italienisch-französische Annäherung. Monate später übersandte Hassell dem Auswärtigen Amt eine Skizze der deutsch-italienischen Beziehungen, die auch schon für den Sommer 1934 zutraf. Darin schrieb er den neuen Machthabern in Berlin ins Stammbuch, daß ihre „Habicht-Politik“ gegenüber Österreich verfehlt gewesen sei, daß sie Mussolini beim Austritt aus dem Völkerbund falsch behandelt hätten und daß es ihre Aufgabe gewesen wäre, sich mit dem „Duce“ über eine gemeinsame deutsch-italienische Wirtschaftspolitik in Südosteuropa zu verständigen; auch in der übereilten deutschen Aufrüstung sehe man in Rom jetzt eine Gefahr für sich selbst. Hätten die Faschisten den Sieg des Nationalsozialismus anfänglich begrüßt, so seien sie nun kritisch und ablehnend. Habe Mussolini bislang für die Revision der Friedensverträge von 1919/21 gearbeitet, so müsse nun sein Einschwenken in „die konservative Front der Verteidiger von Versailles“ konstatiert werden³⁵. Im gleichen Sinne hatte der ungarische Ministerpräsident Julius Gömbös die „Achse“ Berlin-Rom – ein von ihm bereits 1924 geprägter Begriff³⁶ – in tiefer Enttäuschung als „gesprungen“ beklagt³⁷.

Berlin reagierte auf den italienischen Kurswechsel mit einem eigentümlichen Gemisch aus Empörung, Ängstlichkeit und der demonstrativen Aufkündigung einer noch gar nicht bestehenden Spezialbeziehung. Begleitet von einer anti-italienischen Pressekampagne, die sich durch schrille Töne ebenso auszeichnete wie durch

³⁴ Theo Kordt, damals im Büro des Staatssekretärs, vermerkte am 27.7.1934, daß an die 11.italienische Infanteriedivision (Sterzing) scharfe Munition ausgegeben worden sei; ADAP, Serie C, Bd. III/1, Nr. 128.

³⁵ ADAP, Serie C, Bd. IV/1, Nr. 61.

³⁶ Vgl. Graml, Zwischen Stresemann und Hitler, S. 136f.

³⁷ ADAP, Serie C, Bd. III/2, Nr. 310.

dumme Argumente, erhob man in Deutschland wie 1915 den Vorwurf des „Verrats“ gegen Italien. Vergeblich machte Hassell darauf aufmerksam, daß zwischen dem Reich und Italien keine Vereinbarung existiert habe – gerade auch bei dem Treffen in Venedig sei keine zustande gekommen – und daß mithin von „Verrat“ keine Rede sein könne; die Formel sei „echter Ausdruck deutscher gefühlsmäßiger Betrachtungsweise“³⁸. Wenn Hitler die Memoranden Hassells gelesen haben sollte, machten sie jedenfalls keinen Eindruck auf ihn. Da er gerade im Juli 1934 besonders intensiv von „Deutschland als Herr[n] der Welt“ träumte³⁹ und der Weg dorthin, wie er geglaubt hatte, nicht ohne die Allianz mit Italien eingeschlagen werden konnte, traf ihn der angebliche italienische „Verrat“ sehr hart. Die Meinung seines „Führers“ wiedergebend, doch zugleich die Freude darüber verratend, daß er endlich wieder über die Italiener lästern durfte, notierte Goebbels am 30. Juli 1934: „Es ist aus mit Italien. Die alte Treulosigkeit. Der Führer ist innerlich fertig damit. [...] Er hat mit Rom endgültig gebrochen. [...] Entscheidende Wendung. Besser Treulosigkeit jetzt als in einem Kriege.“

Hitler versuchte, eine Art Ausweg zu finden und begann Jugoslawien als Bündnispartner ins Auge zu fassen. Nun reichte Jugoslawiens politisches und militärisches Gewicht aber nicht an das Italiens heran. Davon abgesehen, bildete Jugoslawien zusammen mit der Tschechoslowakei und Rumänien die sogenannte Kleine Entente, gehörte also zum französischen Verteidigungssystem um die Pariser Friedensverträge. Daß Deutschland bei einer Annäherung an Belgrad Ungarn „verraten“ mußte, den revisionistischen Staat par excellence, bemerkte Hitler durchaus, doch scheint ihm das keine Skrupel bereitet zu haben; ob „Verrat“ erlaubt oder zu verdammen war, hing für ihn nur davon ab, wer verriet. Es kennzeichnet aber vor allem den Dilettantismus von Hitlers Außenpolitik, daß er einen jähen Wechsel von Rom zu Belgrad für machbar und für politisch gewinnbringend ansehen konnte. Nachdem Göring im Oktober 1934 am Begräbnis des in Marseilles – zusammen mit dem französischen Außenminister Louis Barthou – ermordeten Königs Alexander teilgenommen und in Belgrad einen „[g]roße[n] psychologische[n] Erfolg“ errungen hatte, hielt es der „Führer“ ernstlich für möglich, mit einer „Achse“ Berlin-Belgrad-Warschau seinen außenpolitischen Zielen näherzukommen.

³⁸ ADAP, Serie C, Bd. IV/1, Nr. 61.

³⁹ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/1, S. 85; die folgenden Zitate und Belege finden sich ebenda, S. 86f. und S. 124.

Gleichwohl nahm er andererseits an, daß der nationalsozialistische Terror in Österreich, da die italienischen Faschisten so scharf darauf reagierten, die schon gebannt scheinende Gefahr einer gewaltsamen internationalen Aktion gegen das NS-Regime wieder etwas näher rücke. Für die allernächste Zukunft wollte er daher ein gewisses Wohlverhalten an den Tag legen; auch ordnete er strikte Enthaltensamkeit in Sachen Österreich an: Daß dieser Kurs „schwer fällt“, gab Rudolf Heß dem ins Reich geflohenen Gauleiter der NSDAP von Wien, Alfred Frauenfeld, zu, aber der „Führer“ habe keine andere Wahl. Heß verglich das, in einem Satz, der ihm offenkundig von Hitler eingegeben worden war, mit dem „legalen Kurs“, den die reichsdeutsche NSDAP nach dem Novemberputsch von 1923 nolens volens gesteuert hatte⁴⁰. Solange die Intervention des Auslands aber nur Drohung war, hatte Hitler allerdings keineswegs die Absicht, sich von dem Vorhaben abbringen zu lassen, das ihm das wichtigste dünkte, wichtiger zunächst als der Anschluß Österreichs: „rüsten, daß die Heide wackelt“⁴¹.

Jedoch zeigen Hitlers Reaktionen auf Mussolinis Österreichpolitik, wie sehr er sich im klaren darüber war, daß der Versuch, Italien als Partner zu gewinnen, fürs erste jämmerlich gescheitert war und daß damit die Hoffnung auf einen baldigen Übergang zu einer expansionistischen Politik einen kräftigen Dämpfer erhalten hatte. Indes hielt sich die Niedergeschlagenheit der NS-Führung in Grenzen, da die Werbung um den schließlich wichtigeren Partner England bessere Resultate zu versprechen und allmählich auch zu beschieren schien. Daß dieser Eindruck entstehen konnte, war die Folge mehrfacher Mißverständnisse auf beiden Seiten.

An ihr realitätsfremdes England-Bild gefesselt, waren Hitler und andere Nationalsozialisten nicht zu der Erkenntnis fähig, daß ein in ihrem Geiste geführtes Deutschland in keinem europäischen Staat so wenig Sympathisanten finden konnte wie in Großbritannien. Leopold von Hoesch, deutscher Botschafter in London und einer der fähigsten Diplomaten, die das Reich besaß, warnte bereits im Frühjahr 1933 wiederholt, daß die innere Umwälzung das Reich enorme Verluste an Ansehen und Wohlwollen koste. Gerade jene Kreise, die Deutschlands Interessen seit Jahren wachsendes Verständnis entgegengebracht hätten, seien „augenblicklich in einer Art schmerzlicher Enttäuschung befangen“⁴². Mit dem Verständnis, so legten Hoeschs Berichte nahe, schwinde naturgemäß auch die

⁴⁰ ADAP, Serie, C, Bd. III/1, Nr. 173.

⁴¹ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/1, S. 124.

⁴² ADAP, Serie C, Bd. I/1, Nr. 193.

politische Hilfsbereitschaft. Sir Horace Rumbold, der britische Botschafter in Berlin, suchte im gleichen Sinne auf Hitler einzuwirken, wobei er unter den deutschen Revisionswünschen, die jetzt nicht mehr auf Unterstützung rechnen dürften, ausdrücklich den „polnischen Korridor“ nannte, also das 1919/20 polnisch gewordene Westpreußen⁴³. Mitte Mai 1933 faßte Hoesch die Lage in Großbritannien so zusammen: Labour Party und Arbeiterschaft ständen „dem neuen Deutschland in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Ganz ähnlich verhält es sich mit den liberalen Kreisen [...]. Die konservative Linke [...] mißbilligt die deutsche Entwicklung [sic!] ebenso sehr wegen der Behandlung der Judenfrage wie auch aus Besorgnis vor Überhandnahme des militärischen Geistes in Deutschland und daraus sich ergebender Kriegsgefahr. Ein gewisses Verständnis zeigt, abgesehen von einzelnen Individuen, kollektiv nur die äußerste Rechte, die aber wiederum traditionsgemäß franzosenfreundlich und eher anti-deutsch eingestellt“ sei.

Zwei Kampagnen der nationalsozialistischen Regierung stießen in England auf besonders heftige Kritik: Die von Hitler anfänglich abgesegneten Versuche, Deutschlands protestantische Kirchen gleichzuschalten und zugleich zu entchristlichen, riefen in einer Gesellschaft, die noch stärkstens religiös-christlich geprägt war und deren evangelische Geistliche vielfältige Beziehungen zu Amtsbrüdern in Deutschland unterhielten, Abscheu, ja Entsetzen hervor. Hoesch schrieb, der protestantische Klerus in Großbritannien verurteile die „Verstöße gegen das Gebot der christlichen Nächstenliebe und gegen den [ihm] heiligen Grundsatz der Rechtsgleichheit“; eine Erscheinung wie die Deutschen Christen wirke fremdartig⁴⁴. Hohe geistliche Würdenträger, so der Erzbischof von Canterbury und der Bischof von Chichester, wurden auf der deutschen Botschaft vorstellig, um gegen das nationalsozialistische Vorgehen Protest zu erheben und um auf die fortschreitende Entfremdung zwischen dem NS-Regime und einer Mehrheit der englischen Bevölkerung aufmerksam zu machen⁴⁵. Der Bischof von Chichester erklärte unverblümt, daß ein „Bruch zwischen sämtlichen protestantischen Kirchen des Auslandes und der Kirche im Reich“ drohe. Jedoch zog der Umgang des NS-Regimes mit dem Konkordat vom 20. Juli 1933 ebenso scharfe Vorwürfe auf sich; schließlich hatte der Vatikan schon am 19. Oktober 1933, ein bloßes Vierteljahr nach

⁴³ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. I/1, Nr. 223; das folgende Zitat findet sich ebenda, Nr. 237.

⁴⁴ ADAP, Serie C, Bd. I/2, Nr. 406.

⁴⁵ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III/1, Nr. 246; das folgende nach ebenda, Nr. 252.

Abschluß des Konkordats, der deutschen Regierung eine ellenlange Liste von Verletzungen des Vertrags übermitteln müssen.

Nicht weniger herbe Anklagen provozierten in England die ersten Akte der nationalsozialistischen Judenverfolgung. In Großbritannien gab es zwar da und dort einen gewissen gesellschaftlichen Antisemitismus, aber nicht den biologistisch-rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten, erst recht nicht deren Wahngelbilde von einer „jüdischen Weltverschwörung“ gegen die arische Rasse und besonders gegen Deutschland. Ob prominente Mitglieder des britischen Kabinetts und dessen diplomatische Vertreter in Berlin Stellung bezogen oder ob sich kirchliche Würdenträger äußerten – sie alle kamen auch auf das nationalsozialistische Vorgehen gegen die Juden zu sprechen und zeigten stets deutlich ihr totales Unverständnis und ihre tiefe Mißbilligung⁴⁶. Selbst König Georg V. sah sich veranlaßt, als er Botschafter von Hoesch auf Schloß Windsor zu Gast hatte, unter den Ursachen der seit dem 30. Januar 1933 gespannten Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland auch die Judenverfolgung – er wählte natürlich einen etwas mildereren Ausdruck – hervorzuheben⁴⁷. Hoesch schrieb ungeniert, den Briten seien die antisemitischen Maßnahmen in Deutschland ein „Rätsel“. Es herrsche „Enttäuschung darüber, daß im 20. Jahrhundert von [ihnen] als heilig angesehene Grundsätze, und zwar diese noch dazu von einem führenden Kulturstaat wie Deutschland, über Bord geworfen werden können“⁴⁸.

Das Massaker vom 30. Juni 1934 bestätigte den üblen Charakter des NS-Regimes und verstärkte Ablehnung wie Furcht. Hoesch hatte sich schon in den anderthalb Jahren zuvor in seiner Berichterstattung eine Wortwahl erlaubt, die zeigte, daß er die Kritik und die Ängste teilte, die das neue Regime seines Heimatlands in England provozierte. Dabei war er im übrigen stets darauf bedacht, den Lesern seiner Berichte klarzumachen, daß die Stimmung in England nicht das geringste mit einer Abneigung gegen Deutschland und das deutsche Volk zu tun habe; die „sehr ablehnende Haltung“ gelte allein „der neuen deutschen Reichsleitung“. Nach der „Nacht der langen Messer“ scheute er sich nicht, der NS-Führung zu sagen, daß der „Kredit der deutschen Regierung [...] unter dem Eindruck der fraglichen Ereignisse ungeheuer schwer gelitten“ habe; „in weiten Kreisen“ finde „Deutschland zur Zeit eine ähnliche

⁴⁶ Vgl. z.B. ADAP, Serie C, Bd. I/1, Nr. 223.

⁴⁷ ADAP, Serie C, Bd. II/2, Nr. 426.

⁴⁸ ADAP, Serie C, Bd. I/2, Nr. 406; das folgende Zitat findet sich ebenda.

Beurteilung [...], wie sie hier in Zeiten englisch-russischer Spannung Sowjetrußland zuteil wurde“⁴⁹.

Es gehört zu den bemerkenswerten Phänomenen jener Frühphase des Dritten Reiches, daß die antinationalsozialistische Stimmung in Großbritannien keineswegs Einfluß auf die Politik des britischen Kabinetts gewann, ja daß zwischen Urteil über Deutschland und Deutschlandpolitik eine ständig breiter werdende Kluft entstand. Zwei Faktoren ließen es vorerst nicht zu, daß die Verdammung des NS-Regimes die britische Außenpolitik bestimmte. Erstens war, so groß auch der Abscheu vor Hitler sein mochte, der Horror noch stärker, den die britische Bevölkerung bei der Aussicht auf eine Wiederholung des Weltkriegs empfand. Jede Politik, die einen Krieg mit Deutschland auch nur als Möglichkeit am fernen Horizont erscheinen ließ, beschwor sofort die Erinnerung an die Opfer herauf, die an der Somme und in Flandern gebracht worden waren. Dieser nicht theoretisch-ideologisch begründete, sondern aus noch allzu nahem leidvollen Erleben kommende Pazifismus führte zu der eigenartigen Erscheinung, daß gerade jene Parteien, die das NS-System am leidenschaftlichsten verurteilten, Labour und Liberale, andererseits jede Rüstungsanstrengung erbittert bekämpften, da damit der Krieg näher herangeholt werde. Doch reichte diese Art von Pazifismus bis weit in die konservativsten Schichten hinein. Und in einer Gesellschaft wie der englischen, in der das Kabinett vom Parlament und das Parlament von den Wählern abhing, konnte keine Regierung Politik gegen eine solch starke Grundströmung machen. Zudem hielt sich in den tonangebenden Gruppen Großbritanniens hartnäckig die Ansicht, Hitler und seine Genossen verfolgten lediglich begrenzte Ziele, seien also zu saturieren. Drangen andere Töne aus Berlin nach London, so wurden sie zwar beachtet, aber zunächst nicht berücksichtigt, aus Unglauben, der seine Gründe in einem eingeschränkten Vorstellungsvermögen und vielfach auch in der menschlichen Neigung zum Wegschieben unwillkommener Wahrheiten hatte.

In der ersten Hälfte der dreißiger Jahre wuchs auf solchem Boden ein geradezu blinder Glaube, bei der Regelung internationaler Konflikte auf den Völkerbund und beim Schutz der eigenen politischen Interessen auf das hier institutionalisierte System der kollektiven Sicherheit vertrauen zu dürfen. Hieraus wiederum entwickelten die britischen Kabinette eine Deutschlandpolitik, die, von einer Fehleinschätzung des Wesens und der Absichten der NS-Führung ausgehend, unweigerlich Fehler an Fehler reihen mußte. In den

⁴⁹ ADAP, Serie C, Bd. III/1, Nr. 99.

ersten Monaten nach Hitlers Machtübernahme tat die britische Regierung ohnehin so, als habe sich nichts geändert; sie entwarf unermüdlich Abrüstungspläne, in der Hoffnung, daß Berlin sie günstig aufnehmen werde, und im übrigen hielt sie es, wie Premierminister MacDonald zu William Bullitt, Präsident Roosevelts Experten für europäische Probleme, sagte, für ihre große Aufgabe, Deutschland und Frankreich endgültig miteinander zu versöhnen⁵⁰.

Nachdem Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten war und die Genfer Abrüstungskonferenz verlassen hatte, gab London die Rolle des „ehrlichen Maklers“ zwischen Berlin und Paris nicht auf, ordnete sie aber nun in die größere Mission ein, das Deutsche Reich in den Völkerbund, in Abrüstungsverhandlungen und in das System der kollektiven Sicherheit zurückzuholen. Dabei stellten sie den Charakter der neuen Herren Deutschlands insofern in Rechnung, als sie sich sagten, daß solche Bemühungen nur dann erfolgreich sein könnten, wenn man diese wilden und schwer berechenbaren Leute mit größeren Konzessionen locke. Mit anderen Worten: Sie waren bereit, den Versailler Vertrag zu revidieren, nicht zuletzt auch seine territorialen Bestimmungen. Von 1933 bis 1935 machten britische Politiker bei jeder Gelegenheit den Versuch, ihre deutschen Gesprächspartner für die Rückkehr des Reiches in die Völker- und Staatengemeinschaft zu gewinnen, ob sie mit Botschafter von Hoesch sprachen, mit inoffiziellen Beauftragten des „Führers“, mit Hitler selbst; auch König Georg beteiligte sich an solcher Bearbeitung⁵¹. Ein im Rückblick bizarr anmutender Ausdruck der damit verknüpften Erwartungen, Hitler so bändigen zu können, war der im November 1933 dem deutschen Botschafter unterbreitete – und von Berlin sogleich abgeblockte – Vorschlag MacDonalds, Hitler nach London einzuladen. Hoesch befand sich also im Irrtum, als er annahm, die innere Umwälzung in Deutschland werde der britischen Deutschlandpolitik eine zumindest passiv-feindselige Note geben⁵². Sir John Simon, der britische Außenminister, tat sogar noch ein übriges, etwaige deutsche Befürchtungen zu zerstreuen, und ließ die Reichsregierung über den deutschen Botschafter wissen: „Die Gestaltung der Dinge in Deutschland würde dabei [bei der Verständigung mit England] keine Rolle spielen, da England sich grundsätzlich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen wolle.“

⁵⁰ Vgl. For the President, S. 26.

⁵¹ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III/1, Nr. 21.

⁵² Vgl. ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 57, Nr. 59 und Nr. 19 (dort auch das folgende Zitat).

Dies konnte als Signal zu einer deutsch-englischen Verständigung gesehen werden, doch darunter verstand man in Berlin etwas völlig anderes als in London. Von dem Bemühen abgesehen, die ersten Phasen der Aufrüstung ohne Interventionen Frankreichs zu überstehen, wollten Hitler, die weitere NS-Führung und auch deutsch-nationale Gehilfen wie Reichsaußenminister Freiherr von Neurath die Rückkehr zu internationalen Verpflichtungen gerade vermeiden – und statt dessen die gewünschten Allianzen schmieden, vor allem mit Großbritannien. Als ersten Schritt zu einem deutsch-britischen Bündnis sah Hitler die Lösung Großbritanniens aus der engen Bindung an Frankreich⁵³; die von den britischen Politikern in den Blick genommene deutsch-französische Versöhnung spielte in seinen Überlegungen nicht die geringste Rolle.

Nicht als zweiten, sondern als parallelen Schritt betrachtete er ferner die Gewöhnung der Briten an die Notwendigkeit der Kombination England – Deutschland – Italien und an die Unvermeidbarkeit einer nach Osten greifenden deutschen Expansionspolitik, mit der die Idee der Herrschaftsteilung zwischen Großbritannien und Deutschland verbunden war. Auf Grund des Bilds vom englischen Imperialismus, das Hitler und seine Anhänger zunächst hatten, machten sie sich anfänglich große Hoffnungen auf eine baldige Realisierung ihrer Pläne. Die britische Kritik an der nationalsozialistischen Innenpolitik nahm Hitler offensichtlich nicht ernst; das war ein typisch Hitlersches Fehltriteil, da der Abscheu, den 99 von 100 Briten dem Dritten Reich entgegenbrachten, zwar nicht Versuche zur außenpolitischen Zählung der Nationalsozialisten ausschloß, wohl aber einem bündnisähnlichen Verhältnis zwischen England und Deutschland im Wege stehen mußte. Daß die britischen Politiker ständig von Völkerbund, Abrüstung und kollektiver Sicherheit redeten, hielt Hitler ebenfalls für kein Hindernis. Beides erschien ihm offenkundig als die übliche englische Bemäntelung kalter Interessen- und Machtpolitik.

Kaum im Sattel sitzend, sandte er die ersten Signale in die britische Hauptstadt. So schickte er im Mai 1933 Alfred Rosenberg nach London, der dort immerhin mit Außenminister Sir John Simon, Robert Vansittart, dem Ständigen Staatssekretär im Foreign Office, und einigen anderen wichtigen Politikern sprechen konnte⁵⁴. Hitler hätte schwerlich einen noch weniger geeigneten Dolmetsch seiner Ambitionen finden können. Die deutsche Botschaft konstatierte,

⁵³ Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 338.

⁵⁴ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. I/1, Nr. 237; die folgenden Zitate finden sich ebenda.

Rosenbergs Aufenthalt in London habe eine „Besserung hiesiger Atmosphäre nicht herbeigeführt, vielmehr hat er ablehnende Einstellung Englands gegen neues Deutschland zu vollem Ausbruch gebracht“. Auch die englische Presse habe den Besuch dieses prominenten Repräsentanten der nationalsozialistischen Lehre als „volle[n] Mißerfolg“ gewertet. Das negative Urteil der Botschaft war gewiß auch durch das natürliche Mißfallen gefärbt, das Parteifunktionäre erregen mußten, wenn sie sich auf dem Feld der internationalen Beziehungen zu tummeln und so in Konkurrenz zu den amtlichen Vertretern der deutschen Außenpolitik zu treten begannen. Aber nach dem Bericht, den Rosenberg erstattete, notierte auch Goebbels als seinen und Hitlers Eindruck: „Mageres Ergebnis der Londoner Reise. Er hat nicht allzu geschickt gearbeitet.“⁵⁵

Da Hitler in der Tat Rosenbergs Mangel an Geschick für den Fehlschlag verantwortlich machte, dachte er noch nicht an den Abbruch der Arbeit mit inoffiziellen Emissären. In die Rolle des „Privatmanns“, der nur ein „persönliches Bild von der Stimmung in England“ gewinnen und „aufklärend über die Vorgänge in Deutschland“ wirken wollte⁵⁶, schlüpfte mehr und mehr Joachim von Ribbentrop. Im Spirituosengeschäft wohlhabend geworden und mit der Erbin der Sektkellerei Henkell verheiratet, war Ribbentrop am 1. Mai 1932 zur NSDAP gestoßen, die er schon zuvor finanziell unterstützt hatte. In den Monaten vor der Machtübernahme hatte er sich Hitler verpflichtet, indem er Koalitionsgespräche zwischen dem „Führer“ und Franz von Papen förderte, dafür auch seine Dahlemer Villa zur Verfügung stellte. Er schien Hitler durch seine gesellschaftlichen Verbindungen und durch seine Sprachkenntnisse – er hatte vor dem Weltkrieg etliche Jahre in Kanada und den USA gelebt – für Aktivitäten in der Sphäre neben der amtlichen Politik besonders geeignet. Joseph Goebbels war anderer Meinung und vermerkte nach Ribbentrops Rückkehr von Reisen in England und Frankreich mißgünstig: „Ribbentrop berichtet von Paris und London. Ein eitler Schwätzer. Kann nicht verstehen, daß Hitler ihn schätzt. Vielleicht für kleine Aufgaben intriganten Charakters geeignet.“⁵⁷

Ribbentrop gelang es in relativ kurzer Zeit, eine Sonderbeziehung zu seinem Herren und Meister aufzubauen, die ihn dazu befähigte,

⁵⁵ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 187.

⁵⁶ ADAP, Serie C, Bd. I/1, Nr. 223.

⁵⁷ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 359. Zu Ribbentrop vgl. Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940, München 1980.

eine Sonderrolle in den deutsch-britischen Beziehungen zu spielen. Da ihn das Auswärtige Amt offensichtlich für gefährlicher hielt als Rosenberg, fand es an Ribbentrops Erscheinen auf der diplomatischen Bühne erst recht wenig Gefallen. Nachdem sich Hoesch abfällig über „Agenten“ geäußert hatte, deren „Erfolg und damit [...] Nutzen [...] meist gering“ sei⁵⁸, gelang es dem Auswärtigen Amt, Reichspräsident von Hindenburg einzuspannen, der dem Amt – auf Bestellung – mitteilte, „daß er die Verwendung solcher Mittelsleute nicht für zweckmäßig erachte“. Diese Mitte März 1934 eingefädelte kleine Intrige verhinderte jedoch nicht, daß der Reichspräsident auf „Anregung des Reichskanzlers“ bereits vier Wochen danach Ribbentrop zum „Beauftragten für Rüstungsfragen“ ernannte⁵⁹, wodurch letzterer amtlichen Status erhielt und außerdem erwiesen war, daß Hitlers Einfluß bei Hindenburg schon jetzt stärker war als der Neuraths, den der Reichspräsident und etliche seiner deutschnationalen Berater – erst recht der Minister selber⁶⁰ – noch 1932/33 als unverzichtbares Widerlager zum Führer der NSDAP gesehen hatten. Obwohl dem Auswärtigen Amt formal unterstellt, spielte sich Ribbentrop denn auch sogleich als der Mann auf, der die wahren Absichten des „Führers“ zu verwirklichen habe und der mithin vom Außenminister praktisch unabhängig agieren dürfe; Proteste des Auswärtigen Amtes blieben fruchtlos⁶¹. Wenig später wurde Ribbentrop der Rang eines „Sonderbotschafters“ verliehen, und nun gerierte er sich vollends als der eigentliche Außenminister. Zumindest im Hinblick auf die deutsch-englischen Beziehungen entsprach Ribbentrops Verhalten genau den Vorstellungen Hitlers, und so war ein mit Recht als vital geltender Bereich der Außenpolitik den zuständigen staatlichen Organen entzogen und allein noch Sache des „Führers“ und der NS-Bewegung.

Angesichts der zentralen Bedeutung, die den deutsch-englischen Beziehungen in der nationalsozialistischen Bündniskonzeption zukam, war es aber selbstverständlich, daß Hitler persönlich versuchte, die Grundmauern für ein Bündnis zu legen. Mit der gleichen, durch nichts gedeckten Ungeniertheit, mit der er am 3. Februar 1933 vor den Spitzen der Armee von seinen Expansions- und

⁵⁸ ADAP, Serie C, Bd. II/2, Nr. 314; das folgende Zitat findet sich ebenda, Nr. 343.

⁵⁹ Ebenda, Nr. 405.

⁶⁰ Vgl. Graml, Zwischen Stresemann und Hitler, S. 208 und S. 226.

⁶¹ Als Hoesch mitteilte, Ribbentrop halte sich für berechtigt, diplomatischen Missionen Aufträge zu erteilen, sagte Bülow zwar nein, doch änderte das am Verhalten Ribbentrops gar nichts. Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III/1, Nr. 60.

Germanisierungsplänen sprach, äußerte er sich auch im Oktober 1933 gegenüber Sir Eric Phipps: Er beabsichtige „eine gewisse Expansion in Osteuropa“⁶². Anfang 1934 sagte er, „daß er 14 Jahre hindurch den Gedanken einer Verständigung Deutschlands mit England verfochten habe, obwohl er innerhalb Deutschlands hierbei auch auf lebhaften Widerstand gestoßen sei“. Nach seiner Ansicht seien beide Nationen „infolge ihrer geistigen und rassischen Verwandtschaft zu einer harmonischen Zusammenarbeit in aufrichtiger Freundschaft vorausbestimmt“⁶³.

Solch generelle Gedankengänge mußten jedoch durch erste vertragliche Vereinbarungen konkretisiert und diese Vereinbarungen wiederum zu Stufen einer Allianz gemacht werden. Vielleicht nahm Hitler eine Anregung König Georgs auf, der, wie Hoesch am 25. April 1934 berichtete, das englische Interesse an der Vermeidung eines Wettrüstens zur See bekundet hatte. Im November 1934 erwähnte er jedenfalls gegenüber Admiral Erich Raeder, dem Oberbefehlshaber der Marine, daß er die deutsche Flotte auf ein Drittel der englischen festlegen und „dies im geeigneten Zeitpunkt den Engländern mitteilen“ wolle⁶⁴. Und anscheinend völlig unbeeindruckt von der allgemeinen Erregung über seine Österreichpolitik, erst recht unbeeindruckt vom zunehmenden Abscheu vor seinem Regime, sah er kurz danach den „geeigneten Zeitpunkt“ gekommen. Am 27. November 1934 bot er, in einer Unterhaltung mit Sir Eric Phipps, sozusagen offiziell eine Verständigung über die beiderseitigen Flottenstärken an; er schlug vor, die deutsche Flotte auf 35 Prozent der englischen zu begrenzen, und er ließ London wissen, daß Deutschland so aus der Konkurrenz mit der englischen Marine ausscheiden würde.

Auch in Gesprächen mit britischen Besuchern ventilierte Hitler die Idee eines deutsch-britischen Flottenabkommens⁶⁵. Im März 1935, während des Berlin-Besuchs von Sir John Simon und Anthony Eden, hielt er seinen Gästen wie zuvor Phipps das Verhältnis 35 zu 100 als Lockmittel unter die Nase; damit, so versicherte er, „akzeptiere Deutschland die absolute Suprematie Englands auf der See [...] nicht nur für begrenzte Zeit, sondern grundsätzlich und für immer“. Am 21. Mai 1935 tat er ein übriges und sagte in einer

⁶² Eden, *Memoirs*, Bd. I, S. 48.

⁶³ ADAP, Serie C, Bd. II/2, Nr. 271; das folgende nach ebenda, Nr. 426.

⁶⁴ ADAP, Serie C, Bd. III/2, Nr. 298; die folgenden Zitate und Belege finden sich ebenda, Nr. 356, Nr. 358 und Nr. 360.

⁶⁵ Vgl. z.B. in einem Gespräch mit Lord Allen of Hurtwood am 29.1.1935; ebenda, Nr. 463; das folgende Zitat findet sich ebenda, Nr. 555.

Rede zur Außenpolitik im Reichstag: „Diese Forderung [35 Prozent] ist für Deutschland eine endgültige und bleibende.“ Es werde keine „neue Flottenrivalität“ geben. „Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des britischen Weltreiches zur See an.“ Demgegenüber seien „wir unsererseits entschlossen, [...] alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu veranlassen“⁶⁶. Mit diesen Worten hatte er den alten Gedanken der säuberlichen Abgrenzung zwischen britischem Empire und deutschem Kontinentalreich vor der europäischen und der überseeischen Öffentlichkeit erstmals unmißverständlich zum Leitprinzip der deutschen Außenpolitik erklärt.

Daß die britische Regierung ein Vertragsangebot akzeptierte, das in solche Deklarationen eingebettet war, deuteten Hitler und die NS-Führung genauso falsch wie auch andere Signale Londons in den zweieinviertel Jahren zuvor. Wann immer die englische Außenpolitik ihr Deutschland zugewandtes Gesicht in freundlichere Falten zu legen schien als die französische, war in Berlin die Überzeugung gewachsen, daß man auf dem besten Wege sei, England tatsächlich von Frankreich zu trennen. Ohne Grund jubelte Goebbels, eine Unterhaltung mit Hitler wiedergebend, bereits im November 1933: „Außenpolitik steht gut. Franzosen und Engländer in den Haaren“⁶⁷, um wenig später zu konstatieren: „Hitler taktiert gut. England steht am Scheidewege. Halb schon von Frankreich weg.“ Wenn ein englischer Pressemagnat wie Lord Rothermere nach Deutschland kam und in Unterhaltungen mit Hitler etliche deutsche Forderungen als begründet anerkannte, wenn er sich am Ende der Gespräche vom neuen Deutschland beeindruckt zeigte, wenn er gar die Freundschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich als erstrebenswert bezeichnete – so wurde die politische Bedeutung solcher Treffen weidlich überschätzt: „Rothermere wird ganz für uns gewonnen“, notierte Goebbels im Dezember 1934. „Das ist ein großer Erfolg.“⁶⁸ Und wie sich Hitler zu britischen Diplo-

⁶⁶ Zit. nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/2: 1935–1938, Wiesbaden 1973, S. 513; vgl. auch Jost Dülffer, Das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Nationalsozialistische Außenpolitik, Darmstadt 1978, S. 244–276.

⁶⁷ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 2/III, S. 321; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 338.

⁶⁸ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/I, S. 156; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 171 und S. 175.

maten oder Besuchern und in der Öffentlichkeit äußerte, so auch optimistisch in internen Plaudereien. „Klare Pläne“ habe der „Führer“ in der Außenpolitik, hielt Goebbels Anfang 1935 fest: „Weites Projekt bzgl. England. Schutz des Empires, dafür 30jähr. Bündnis.“ Dies sei „im Werdezustand“. In vier Jahren hoffe Hitler, „sie [...] zu einem Bündnis zu haben“.

Da das Ziel der britischen Politik, die Heimholung Deutschlands in multilaterale internationale Bindungen, zum Ziel der deutschen Außenpolitik, nämlich der völligen Freiheit von solchen Bindungen, in schroffem Gegensatz stand, konnten Dissonanzen nicht ausbleiben. Immer wieder provozierten Akte Hitlers, die all seinen Friedensbeteuerungen widersprachen, kritische Reaktionen der britischen Regierung. Schwächlich, unsicher und inkonsequent, wie sie waren, machten die Londoner Vorhaltungen jedoch wenig Eindruck in Berlin. Im Grunde verstand Hitler solche Appelle, namentlich wenn sie Ethos und Nutzen von Völkerbund und kollektiver Sicherheit beschworen, lediglich als verbale Beschwichtigungen der öffentlichen Meinung in England, mit denen die britische Führungsschicht ihr Einverständnis mit seiner Politik vorerst offenbar noch kaschieren mußte.

Das Spiel – mit Hitlers Augen gesehen – begann bereits im Oktober 1933, nachdem Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten war und die Abrüstungskonferenz verlassen hatte. Am 24. Oktober machte der neue britische Botschafter, Sir Eric Phipps, seinen Antrittsbesuch beim Reichskanzler und sagte dabei lediglich, die englische Regierung „bedauere unseren Rücktritt von den beiden Institutionen und könne die dafür angegebenen Gründe nicht als stichhaltig anerkennen. Sie hoffe aber, daß damit die Türe nicht zugeschlagen sei und wir baldigst wieder zur Mitarbeit bereit wären.“⁶⁹ Das klang in Hitlers Ohren nicht so, als habe er von britischer Politik etwas zu befürchten. Harmlosigkeiten dieser Art setzten sich im folgenden Jahre fort, als im September Italien und Frankreich nach der Ermordung von Dollfuß die britische Regierung bewogen, eine Erklärung der drei Mächte zu unterzeichnen, in der vom Schutz der Unabhängigkeit Österreichs die Rede war, jedoch britischer Einfluß dafür sorgte, daß die Deklaration zahnlos blieb. Einige Wochen später, in einem Gespräch mit Botschafter von Hoesch, erwähnte Premierminister MacDonald das Problem Österreich nicht weiter

⁶⁹ ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 23. Zur britischen Politik vgl. Martin Gilbert/Richard Gott, *The Appeasers*, London 1963, und vor allem Ian Kershaw, *Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg*, München 2005.

und stimmte lediglich die gewohnte Klage an, daß Deutschland durch seinen Austritt aus dem Völkerbund die internationale Zusammenarbeit erschwere, woran er den Wunsch schloß, das Reich möge den „Weg zum Völkerbund zurückfinden“⁷⁰. Wie sollte Hitler daraus entnehmen, daß Großbritannien fest an der Seite Frankreichs und Italiens stehe? Daß zumindest in der Österreichfrage ihre Solidarität mit Frankreich und Italien tatsächlich mit dem Wörtchen „vorgeblich“ zu versehen war, machten die Briten vollends klar, als sich Außenminister Sir John Simon in einer Unterhaltung mit Hitler die gänzlich unangebrachte Bemerkung gestattete, England habe an Österreich nicht das gleiche Interesse wie an Belgien.

Vorgeschichte und Resultate des Besuchs von Sir John Simon und Anthony Eden im März 1935 in Berlin bestärkten Hitler noch in dem Wahn, daß zwischen ihm und „den Engländern“ bereits eine Art heimliches Einverständnis bestehe, die Vorstufe zu einer Allianz erreicht sei. Ende Januar 1935 war Lord Lothian, einer der überzeugtesten und – obwohl damals ohne Amt – einflußreichsten Anhänger einer deutsch-britischen Verständigung, in die Reichshauptstadt gekommen und hatte in einer Unterhaltung mit Kriegsminister Werner von Blomberg, Rudolf Heß und Ribbentrop gefragt, ob Simon in Berlin willkommen wäre. In den folgenden Wochen ist dann in der Tat vereinbart worden, daß Sir John Simon und Anthony Eden sich am 7. März dort einfinden würden. Am 4. März präsentierte jedoch die britische Regierung, immerhin aufgestört durch die mittlerweile allzu sichtbare deutsche Rüstung, im Unterhaus ein sogenanntes „Weißbuch“, das Goebbels „gemein“ nannte, weil darin nicht allein die Expansion der Wehrmacht, sondern ebenso die mentale Militarisierung der deutschen Bevölkerung in deutlichen Worten kritisiert worden war. Der „Führer“ wurde „heiser“, wie Goebbels notierte⁷¹, und ließ den britischen Besuch zwar nicht absagen, aber verschieben. Hoesch meldete aus London, daß die britische Regierung die „Erkrankung“ Hitlers als Verschiebungsgrund nicht anzweifelte und nun auf neue deutsche Terminvorschläge warte⁷².

Durch den Anschluß des Saargebiets an das Reich – 90,8 Prozent der Bevölkerung hatten sich in der vom Versailler Vertrag vorgeschriebenen Volksabstimmung für die Angliederung an Deutsch-

⁷⁰ ADAP, Serie C, Bd. III/2, Nr. 289; das folgende nach ebenda, Nr. 555 und Nr. 468.

⁷¹ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/I, S. 194.

⁷² ADAP, Serie C, Bd. III/2, Nr. 519; das folgende Zitat findet sich ebenda, Nr. 517.

land erklärt – ebenso ermuntert wie durch Londons brave Hin-
nahme der Besuchsvertagung, verwendete Hitler die „Verstimmung“
über das britische Weißbuch als Begründung eines Schritts, den
die weitere Aufrüstung dringend erforderte: Am 16. März ließ er die
Reichsregierung ein Gesetz beschließen, das die allgemeine Wehr-
pflicht in Deutschland einführte. Hat nun die britische Regierung
das deutsche Vorgehen, das ja nicht nur eine eklatante Verletzung
des Versailler Vertrags darstellte, sondern auch die seit Jahren ge-
führten Abrüstungsverhandlungen völlig entwertete, wenigstens mit
einer entschlossenen Geste beantwortet? Es geschah nichts der-
gleichen. Vier Tage vor der Proklamierung der allgemeinen Wehr-
pflicht war Sir Eric Phipps bei Neurath erschienen, um im Namen
seiner Regierung – die eine erneute deutsche Einladung doch
nicht abwarten wollte – anzufragen, ob der Besuch Simons und
Edens jetzt am 25. und 26. März konvenieren würde⁷³; die Reichs-
regierung stimmte zu. Wurden die beiden britischen Minister nun
nach dem 16. März „heiser“? Selbst die leichteste Erkältung blieb aus.
Über die deutsche Vertragsverletzung anscheinend nicht sonderlich
verärgert und sicherlich mit einem Auge auf die schon angelaufen-
en deutsch-britischen Flottengespräche schielend, hielt die briti-
sche Regierung an dem ausgehandelten Termin fest. Goebbels hatte
darauf gewettet, „daß die Engländer kommen“. Von einem „flauen
Protest“ begleitet, fragte London in der Tat an, ob es bei den Ver-
handlungen bleibe. Berlin replizierte zustimmend. Goebbels: „Also
kommen sie Montag. Ich habe meine Wetten gewonnen.“⁷⁴ Aus
Rom und Paris kamen schärfere Protestnoten. Aber angesichts der
britischen Milde durfte der Reichspropagandaminister beruhigt ins
Tagebuch schreiben: „Sie sollen schimpfen, wir rüsten.“

Als Sir John Simon und Anthony Eden in Berlin eintrafen, heg-
ten sie die Hoffnung, das nationalsozialistische Deutschland „in
ein System der Friedenssicherung einordnen“ zu können. Mit die-
sem Ziel im Auge hatte vor allem der Außenminister die „Bildung
einer Koalition gegen Deutschland“ abgelehnt und trotz des deut-
schen Streichs am Treffen mit Hitler festgehalten⁷⁵. Der Absicht
des „Führers“, multilaterale internationale Besprechungen oder gar
Bindungen zu vermeiden und durch bilateralen Verkehr zu ersetzen,
war also die britische Regierung bereits weit entgegengekommen.
Gleichwohl sah sich Hitler veranlaßt, auf die Erregung Rücksicht

⁷³ Vgl. ebenda, Nr. 526.

⁷⁴ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/I, S. 202; das folgende Zitat findet
sich ebenda, S. 204.

⁷⁵ ADAP, Serie C, Bd. III/2, Nr. 552.

zu nehmen, die von der Einführung der Wehrpflicht in der britischen Öffentlichkeit und offenbar doch auch bei einem Teil des britischen Kabinetts ausgelöst worden war. Das heißt, er tischte seinen englischen Besuchern eine Lüge nach der anderen auf. So versicherte er, daß die deutsche Rüstungsanstrengung in bescheidenen Grenzen bleiben werde; er behauptete, daß niemand in Deutschland Österreich annektieren wolle; er bestritt, daß er die Absicht habe, England von Frankreich zu trennen; er leugnete sogar, daß es in Deutschland eine Diktatur gebe. Was territoriale Probleme angehe, sei der Nationalsozialismus nicht expansionistisch; Deutschland akzeptiere die – „wenn auch noch so furchtbaren“⁷⁶ – diesbezüglichen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Die britischen Minister nahmen das ohne energischere Nachfragen zur Kenntnis. Als Anthony Eden, der dem Gastgeber etwas schärfer zusetzte als Sir John Simon, das nationalsozialistische Lebensraum-Programm aufs Tapet brachte, das er höflicherweise Alfred Rosenberg zuschrieb, beantworteten „der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsaußenminister diese Erwähnung mit einem Lachen“⁷⁷. Auch mit solch frecher Unverbindlichkeit ließen sich Simon und Eden abpeisen. Um mit seiner Zurückhaltung nicht einen allzu falschen Eindruck zu erwecken, beschwor Hitler andererseits überaus eindringlich die bolschewistische Gefahr. Eden wandte zwar ein, daß der Bolschewismus mittlerweile eher eine interne Angelegenheit der Sowjetunion sei, aber Sir John schien Hitlers Anspruch auf die Rolle des antibolschewistischen Markgrafen mit bemerkenswertem Gleichmut aufzunehmen. Jedenfalls konnte Goebbels in sein Tagebuch eintragen, der „Führer“ habe mit seiner Behandlung der Frage Rußland ein „Kuckucksei“ gelegt, „aus dem einmal deutsch-engl. Verständigung kommen soll“⁷⁸.

Wenn Goebbels nach solcher Erfahrung notierte: „Der englische Besuch hat ihn [Hitler] nur noch härter gemacht“, so traf er den Nagel auf den Kopf, da „härter“ ja wohl als ein anderes Wort für „anspruchsvoller“ und „zuversichtlicher“ zu verstehen ist. Daß Hitlers Selbstsicherheit derart wuchs, lag aber nicht zuletzt daran, daß Sir John Simon den „Führer“ fragte, ob die Reichsregierung bereit sei, eine Delegation zur Besprechung von Marinefragen nach London zu schicken. Um die Öffentlichkeit nicht zu verstimmen, tat Simon so, als würden die Deutschen zu Vorbesprechungen einer in

⁷⁶ Ebenda, Nr. 555.

⁷⁷ ADAP, Serie C, Bd. IV/1, Nr. 17.

⁷⁸ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/I, S. 208; das folgende Zitat findet sich ebenda.

der Tat geplanten multilateralen Flottenkonferenz eingeladen, und Hitler, der Simons Frage bejahte, widersprach dem nicht weiter⁷⁹. In Wahrheit ging es um die Fortsetzung der bilateralen Gespräche über ein exklusiv deutsch-britisches Flottenabkommen. Hitler machte denn auch gleich klar, mit welchen Instruktionen die deutsche Abordnung in London erscheinen werde, nämlich ein Verhältnis zwischen deutscher und britischer Flotte von 35 zu 100 auszuhandeln. Simon kritisierte die Zahl, die Hitler als großes deutsches Zugeständnis behandelte, jedoch nicht allzu herb. So sind die Grundzüge einer Flottenvereinbarung zwischen Großbritannien und Deutschland schon im März 1935 in Berlin festgelegt worden.

Daß die britische Regierung sich auf ein bilaterales Geschäft mit dem Dritten Reich einließ, wurde ihr damals wie später oft zum Vorwurf gemacht; tatsächlich versetzte sie damit auch allen Anstrengungen, eine multilateral ausgehandelte Abrüstung oder doch Rüstungsbeschränkung zustande zu bringen, scheinbar den Todesstoß. Jedoch hielten die leitenden Londoner Politiker dafür, daß jene Anstrengungen ohnehin schon tot seien – durch deutsche Aufrüstung wie durch die französische Verweigerung jeglicher Abrüstung – und daß man einen Leichnam nicht mehr erstechen könne. Wurde dieses Urteil als realistisch unterstellt, mußte die deutsche Offerte in der Tat unwiderstehlich wirken. In London erinnerten sich noch alle, die Führer der Konservativen wie die der Liberalen und der Labour Party, daran, daß es vor 1914 unmöglich gewesen war, eine Verlangsamung oder gar Beendigung des deutsch-britischen maritimen Wettrüstens zu erreichen, daß die Deutschen seinerzeit erklärt hatten, allenfalls dann bremsen zu wollen, wenn sich Großbritannien zur Neutralität verpflichte, sollte Deutschland auf dem Kontinent in kriegерische Konflikte geraten. Jetzt, 1935, verlangten die Deutschen offenbar nicht, daß sich England aus der gesamteuropäischen Politik verabschiede, mithin den Kontinent deutscher Hegemonie überlasse. Ohne politische Bedingungen boten sie außerdem bei den Überwasserstreitkräften ein Verhältnis an, das eine klare Unterlegenheit der deutschen Flotte garantierte. In solcher Situation glaubte die britische Regierung, richtig zu handeln, wenn sie zugriff.

Daß schon die Verhandlungen über ein deutsch-britisches Flottenabkommen von übler Wirkung auf die Lage in Europa waren, lag indes daran, daß die europäischen Staaten ohnehin bereits in ständiger Furcht vor der wachsenden Macht Deutschlands lebten. Wie William Bullitt an Richter Walton R. Moore, einen engen Mit-

⁷⁹ Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III/2, Nr. 555.

arbeiter Präsident Roosevelts, schrieb, gebär diese Furcht zahllose Pläne zur Eindämmung der deutschen Gefahr. Er könne auf fünfzig Seiten die Details der Rezepte aufzählen, doch sei das sinnlos, da sie „nur Gesten hilfloser Diplomaten angesichts einer unausweichlichen Tragödie zu sein scheinen. Dem ganzen Komplex der Manöver haftet etwas Unwirkliches und fast Törichtes an.“⁸⁰ In solcher Atmosphäre mußte es das ohnmächtige Gefühl der Unabwendbarkeit deutscher Vorherrschaft noch verstärken, wenn Großbritannien den Eindruck erweckte, durch direkte Verständigung mit dem Dritten Reich dessen „Führer“ den Weg zumindest zur Liquidierung der 1919/21 geschaffenen Friedensordnung freizugeben. War Großbritannien womöglich im Begriff, sich vom Kontinent zurückzuziehen? In manchen Hauptstädten, namentlich auf dem Balkan, begannen sich die Politiker zu fragen, ob man nicht durch Anlehnung an das Deutsche Reich eine gewisse Schonung erkaufen könne.

Nun schien diese Entwicklung freilich gestoppt zu werden, als auf italienisches und französisches Drängen Mitte April 1935 eine Dreimächte-Konferenz zustande kam, die in Stresa am Lago Maggiore eine Deklaration verabschiedete, in der die drei Staaten gelobten, sich „jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen“. Die Optimisten in Europa atmeten auf. Jetzt war doch die Selbständigkeit Österreichs ebenso gesichert wie der Vertrag von Locarno. Es sah so aus, als sei Hitler durch die „Front von Stresa“ in seine Schranken gewiesen. Tatsächlich war die Deklaration ihr Papier nicht wert, die „Front von Stresa“ praktisch nicht existent. Erstens hatten sich die drei Regierungen nicht zu der bescheidensten konkreten Maßnahme verpflichtet, falls doch irgend jemand „einseitig aufkündigte“. Zweitens hatten die italienischen und französischen Konferenzteilnehmer erfahren müssen, wie die britischen Vertreter sich weigerten, den Phrasen von Stresa etwas Substanz zu geben. In den europäischen Kabinetten wurde das besorgt registriert. Auch nach Stresa war klar, daß Großbritannien sich nicht in eine gegen das Dritte Reich gerichtete Mächtegruppierung eingefügt hatte, vielmehr bei dem Versuch direkter Verständigung mit Hitler bleiben werde.

In Berlin wurde die britische Haltung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen: „England leistet uns gute Dienste“, sagte Hitler⁸¹. Das Foreign Office tat ein übriges und teilte dem deutschen Geschäftsträger in London, Fürst Otto Bismarck, mit, die britischen Vertreter in Stresa hätten „ein gegen Deutschland gerichtetes Drei-

⁸⁰ For the President, S. 107.

⁸¹ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/I, S. 217.

mächteabkommen“ verhindert.⁸² Fürst Bismarck unterrichtete das Auswärtige Amt, das die erfreuliche Information an Hitler weiterleitete. Das hätte allein schon genügt, Hitlers Hoffnung auf ein deutsch-britisches Bündnis am Leben zu halten. Doch durfte der „Führer“ außerdem konstatieren, daß die Verhandlungen über ein Flottenabkommen, und nun sogar auf britisches Drängen, fortgesetzt wurden, als habe Stresa gar nicht stattgefunden. Und das war die übelste Wirkung der Flottengespräche: Hitler wußte nun, daß die „Front von Stresa“ so gefährlich war wie eine Vogelscheuche, und angesichts der britischen Haltung glaubte er nun auch zu wissen, daß er auf die deutsch-britische Allianz nicht nur hoffen, sondern sie erwarten konnte. Die Erwartung verdichtete sich fast schon zur Gewißheit, als die Briten die deutschen Bedingungen allesamt akzeptierten und das Flottenabkommen bereits am 16. Juni 1935 in London unterzeichnet wurde. „Führer ganz glücklich“, notierte Goebbels, und wenig später: „Flottenabkommen ganz groß. Paris schäumt. Riesenerfolg der Politik des Führers. Einleitung eines guten Verhältnisses zu England – am Ende muß ein Bündnis stehen. In 5 Jahren ist's soweit.“⁸³ Was bedeutete dagegen die am 2. Mai 1935 geschlossene Allianz zwischen Frankreich und der Sowjetunion und der vierzehn Tage später anschließende Beistandspakt zwischen Moskau und Prag? Von der Aussicht auf das britische Bündnis beflügelt, nahm Hitler die beiden – sehr vorsichtig formulierten, verklausulierten und von einer großen Mehrheit der französischen wie der tschechoslowakischen Bevölkerung herzlich verabscheuten – Verträge mit Recht nicht ernst. Freudig bewegt, hielt er seinen engsten Mitarbeitern im August ein außenpolitisches Privatissimum: „[M]it England ewiges Bündnis. Gutes Verhältnis Polen. Kolonien in beschränktem Umfang. Dagegen nach Osten Ausweitung. Baltikum gehört uns. Ostsee beherrschen.“ In einigen Jahren bevorstehende Konflikte zwischen Italien und den Westmächten beziehungsweise zwischen Rußland und Japan im Auge, schloß er: „Dann kommt unsere große geschichtliche Stunde. Wir müssen dann parat sein.“ Goebbels schwärmte: „Grandioser Ausblick. Wir sind alle tief ergriffen.“

⁸² ADAP, Serie C, Bd. IV/1, Nr. 46; zum folgenden vgl. ebenda, Nr. 104.

⁸³ Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 3/1, S. 249f.; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 279.